

DEUTSCHLAND

„Lassen die Apel bewußt ins Messer laufen?“

Der Tornado, superteurer Sorgenvogel der Bundeswehr, könnte um ein Drittel billiger sein – wenn das Bonner Verteidigungsministerium die Hersteller schärfer kontrol-

liert hätte. Doch die westdeutsche Rüstungsindustrie profitiert bei ihrer Preiskalkulation, nicht nur im Flugzeugbau, von Chaos und Führungsschwäche im Hause Apel.

Alle wußten vom Finanzierungs-Debakel beim Kampfflugzeug Tornado: die Staatssekretäre, die Inspekture, der Haushaltsdirektor.

Nur Hans Apel war ahnungslos. „Ich habe“, beteuert der Verteidigungsminister stereotyp, „weder leichtfertig gehandelt noch eigene Erkenntnisse unterdrückt.“

Und trotz hochnotpeinlicher Vernehmungen von Hans Apels ziviler und militärischer Führungsriege hat der parlamentarische Untersuchungsausschuß, der sich seit Februar müht, die Milliarden-Fehlplanung aufzuklären,

diese Position nicht erschüttern können.

Doch auch wenn Helmut Schmidts Mann auf der Hardthöhe die Wahrheit sagt – was die Abgeordneten bislang herausgefunden haben, ist für den einst als des Kanzlers Kronprinz gefeierten Minister wenig schmeichelhaft. Die Rechercheure entdeckten

▷ eine politische und militärische Führung, die nicht Herr im Hause ist und die Zügel schleifen läßt;

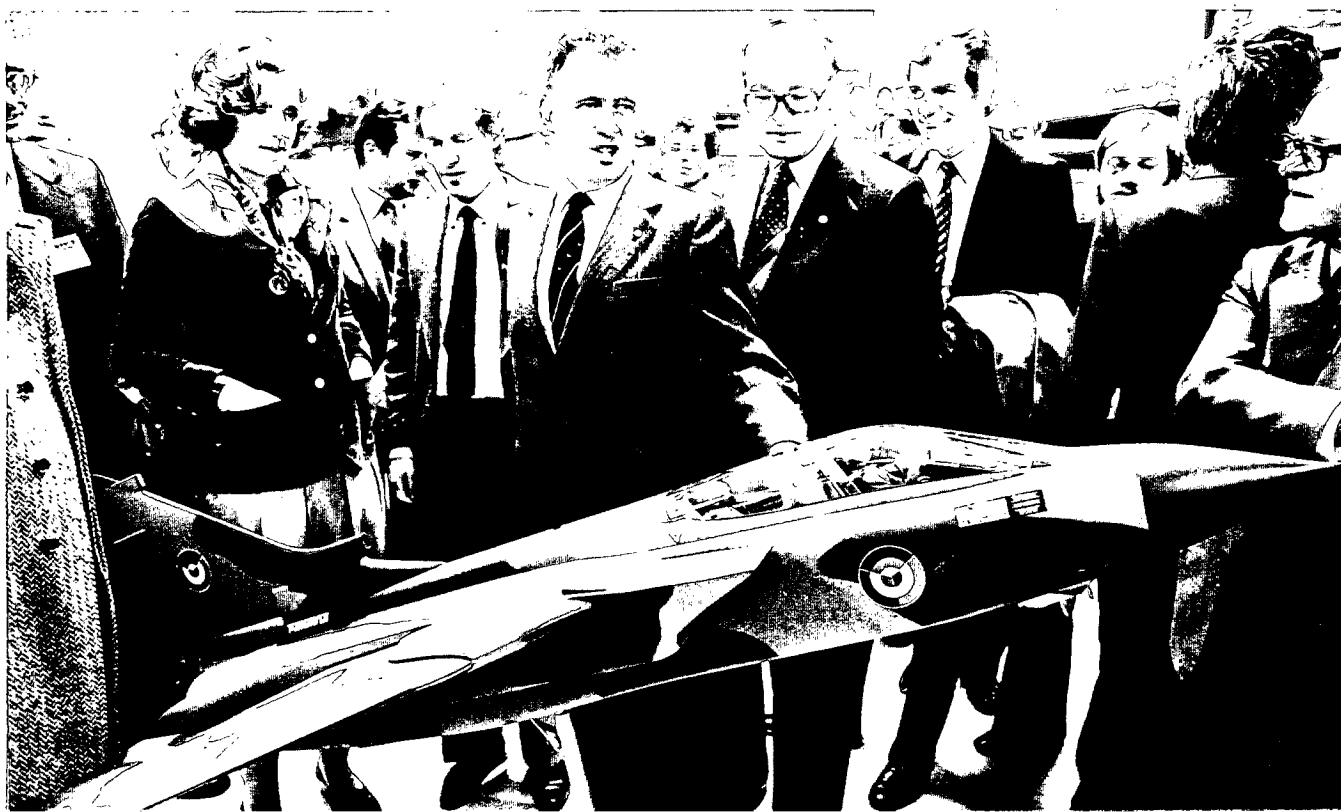
▷ eine aufgeblähte Bürokratie, die sich vorwiegend mit sich selbst beschäftigt und Entscheidungen vor sich herschiebt;

▷ eine Rüstungsindustrie, die ihre Vorteile gegenüber dem schwerfälligen Beamtenapparat hemmungslos ausspielt und fast unkontrolliert ihre Rechnungen schreiben kann.

Seit 1979, so die erste Zwischenbilanz des Untersuchungsausschusses, hätten die Verantwortlichen auf der Hardthöhe erkennen können, daß sie mit den im Etat bereitgestellten Mitteln

* Auf der Luftfahrtschau 1980 in Hannover mit der niedersächsischen Wirtschaftsministerin Birgit Breuel (l.).

Verteidigungsminister Apel, Tornado-Modell*: „Keiner hat umgeschnallt und ist zu mir gekommen“



für die Produktion des Wundervogels Tornado nicht auskommen würden. Sie schrieben Aktenvermerke, beriefen Sitzungen ein und diskutierten endlos. Beschaffer, Techniker und Haushalts-Experten stritten sich über ein Jahr, ob die Geldforderungen der Industrie berechtigt seien. Alarm schlug keiner.

Das Verteidigungsministerium, das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung, die aus 270 Deutschen, Engländern und Italienern bestehende Nato MRCA Management Agency (Namma) und die von den Herstellern gebildete Projektgesellschaft Panavia wurstelten, eifersüchtig auf ihre Kompetenzen bedacht, nebeneinanderher.

Obwohl es um Milliarden ging, faßten weder der Minister noch seine Staatssekretäre nach. Sie ließen die Dinge treiben.

„Keiner hat umgeschnallt und ist zu mir gekommen“, klagt Apel; ob er die Akten mit den Warnungen über Fehlbeträge von 350 Millionen Mark im Februar vergangenen Jahres wirklich gelesen hat, weiß er nicht mehr genau. Abgezeichnet hat er sie — mit grünem Filzstift, wie sich's gehört. Apel heute: „Wahrscheinlich war es falsch.“

Generalinspekteur Jürgen Brandt, der mehrere Vorlagen schrieb, fragte nicht ein einziges Mal nach, ob seine Warnungen auch bis nach ganz oben durchgedrungen waren. Brandt heute: „Wir hatten das Gefühl, die Nachricht ist angekommen.“ Marineinspekteur Ansgar Bethge sekundierte: „Wir gingen selbstverständlich davon aus, daß die Leitung informiert war.“

Als der CDU-Abgeordnete Willy Wimmer im Ausschuß von Brandt wissen wollte, warum er denn nicht protestiert habe, als im Nachtragshaushalt 1980 keine zusätzliche Mark für den Tornado bereitgestellt wurde, verteidigte sich der General: „Nehmen Sie zur Kenntnis, daß Protest nicht zum Repertoire eines Soldaten gehört.“

Der ehemalige Parlamentarische Verteidigungs-Staatssekretär und heutige Forschungsminister Andreas von Bülow erkundigte sich zwar „von Zeit zu Zeit nach dem Stand der Dinge“, mit Apel aber sprach er nicht. Bülow sah keinen Anlaß, der Tornado gehörte laut Aufgabenverteilung im Ministerium nicht zu seinem Bereich.

Erst nach der Bundestagswahl 1980, als das Debakel offenbar wurde und der Minister nach Schuldigen suchte, schrieb Bülow einen Brief: „Lieber Hans! Ich kann aus meiner Sicht der Dinge sagen, daß ich seit Beratung des Einzelplans 14 für 1980 (*Verteidigungsetat, die Red.*) im Haushaltsausschuß des Bundestages über die anstehenden Probleme voll informiert war.“

Daß es an Informationen nicht gefehlt hat, geht aus den Akten hervor, die sich inzwischen im Untersuchungsausschuß meterhoch stapeln. Alle Zeugnisse zauberten aus ihren Taschen neue

Vermerke und beteuerten, sie hätten schließlich ihre Pflicht getan.

Der Ausschußvorsitzende Werner Marx stöhnte letzte Woche: „Ich habe jetzt Hunderte von Akten gelesen; meine Lust, weitere zu lesen, wird von Stunde zu Stunde geringer.“

Für Apels früheren Haushaltsdirektor Heinz Padberg jedoch stand in den Vermerken nichts als Ahnungen und Vermutungen. Kein General, kein Beamter habe ihm konkrete Zahlen genannt. Er habe, so Padberg, ständig gemahnt: „Für Vermutungen gibt's nichts, kehren wir zum Alltagsgeschäft zurück.“

Der inzwischen pensionierte Rüstungs-Staatssekretär Karl Schnell unterstützte Padberg im Ministerium. Er verlangte, was der Systembeauftragte

Er verlangte, wie er dem Untersuchungsausschuß erklärte, eine genaue Aufschlüsselung. Im Juni kam die Antwort, es habe sich um Koordinierungsfehler gehandelt. Die Forderung könne so nicht aufrechterhalten werden.

Bei genauerem Hinsehen entdeckte der Ministerialdirigent Merkwürdiges: Eine der am Tornado-Bau beteiligten Firmen hatte als „Inflationsausgleich“ schlicht 14 Prozent draufgeschlagen. Zur Rede gestellt, verteidigten sich die Firmenchefs, man wisse doch nicht, wie die Tarifverhandlungen ausgehen.

Zweifel kamen Ambos inzwischen auch, ob im zwölften Jahr nach der Entscheidung für den Tornado noch immer Hunderte von Millionen an Entwicklungskosten für den bereits vom Band laufenden Bomber notwendig



Marine-Inspekteur Bethge, Fregatte F 122*: Protest gehört nicht zum Repertoire

für den Tornado, Hans Ambos, erst nach der Wahl erbringen konnte: genau aufgeschlüsselte Rechnungen. Da fehlten bereits 1,2 Milliarden Mark.

Denn auch die Namma, lange ohne Finanzabteilung und noch heute ohne elektronische Datenverarbeitung, hatte zeitweise den Überblick verloren. Die Namma-Leute drängten die Unternehmen zwar zu höherem Tempo bei der Tornado-Produktion, forderten aber nicht zugleich mehr Geld an, weil sie selbst nicht glaubten, daß ihr Programm realistisch sei.

Die Industrie machte sich das Chaos zunutze. Als Bundesregierung und Bonner Parlament Anfang des Jahres die fehlenden Tornado-Millionen bewilligten, schoben die Flugzeugbauer im April für 1981 Mehrforderungen von einer halben Milliarde Mark nach. Hans Ambos, der Systembeauftragte, war schockiert: „Völlig unmöglich.“

sind. Er kürzte die Ansätze, die Industrie nahm es klaglos hin.

Mit einem weit dringlicheren Problem haben sich Hans Apel und seine Staatssekretäre, bislang voll ausgelastet, Pannen auszubügeln, überhaupt noch nicht befaßt: mit der Preiskalkulation der Tornado-Industrie.

Bei großen Rüstungsprojekten arbeitet die Hardthöhe bisher mit dem sogenannten Selbstkostenerstattungspreis; auf diesen darf die Firma dann drei bis fünf Prozent aufschlagen.

Dieses System ermuntert die Unternehmen förmlich zu hohen Selbstkosten. Denn je höher die Zahl der Arbeitsstunden und je größer die Menge an Material, desto happiger der Gewinn.

Um ein Drittel, so haben Fachleute ausgerechnet, könnte das neue Flugzeug billiger sein, wenn die Hersteller genauer kalkulieren und abrechnen

* 1980 auf der Bremer Vulkan-Werft.

und wenn die Auftraggeber schärfer kontrollieren würden. Ein Tornado, einschließlich Ersatzteile und Bodengeräte, wäre schon für 45 statt für 67,5 Millionen zu haben — und Apel somit aus dem Größten heraus, könnte er nur die bestehenden Verträge ändern.

Statt dessen aber steht ihm weiterer Ärger bevor. Die Franzosen haben Entschädigungsansprüche von 380 Millionen Mark angemeldet, weil die Bundeswehr nicht mehr wie geplant 340 Flugabwehrraketen-Panzer des Typs „Roland“ abnehmen will, sondern nur noch 140 (SPIEGEL 24/1981).

Und die Bremer Vulkan-Werft kann die vereinbarten Preise für die sechs bestellten Fregatten vom Typ 122 nicht halten und fordert nach heutigem Preisstand 400 Millionen Mark nach (siehe Seite 81).

Wieder einmal mußte Apel vor dem Parlament eingestehen, daß er von beiden Vorgängen nichts gewußt habe. Der SPD-Abgeordnete Horst Jungmann mag an so viele Zufälle nicht mehr glauben. „Gibt es“, fragte er, „auf der Hardthöhe Leute, die Apel bewußt ins Messer laufen lassen?“ Er fürchtet, „daß da noch ganz andere Dinge auf uns zukommen“.

Um vor weiteren Überraschungen sicher zu sein, haben die Mitglieder des Haushaltsausschusses den Minister erst einmal unter Kuratel gestellt: Er muß sich künftig alle Rüstungsvorhaben über 50 Millionen einzeln von den Volksvertretern bewilligen lassen.

BRANDT/SCHMIDT

Ungebetener Rat

Die Moskau-Reise des SPD-Vorsitzenden paßt der Regierung nicht ins Konzept. Schmidt-Freunde schelten Willy Brandt, er nehme zuwenig Rücksicht auf den Kanzler.

Immer wieder in den vergangenen Wochen fragte Helmut Schmidt seinen Parteivorsitzenden: „Was willst du da eigentlich machen?“ Des Kanzlers Neugier galt Willy Brandts Besuch bei KPdSU-Generalsekretär Leonid Breschnew am Dienstag dieser Woche.

Der Ost-Ausflug des Ex-Kanzlers hat, angesichts der Unruhen in Polen und der wachsenden Spannungen zwischen Moskau und Washington, mehr Bedeutung, als den Bonner Regierenden recht ist. „Öffentlich tut der Kanzler so, als mache ihm das alles nichts aus“, so ein Schmidt-Vertrauter über seinen Chef, „doch in seiner Brust sieht es anders aus.“

Seit langem schon bäugt Außenminister Hans-Dietrich Genscher mißtrauisch Brandts Aktionen. Nun argwöhnt auch die Regierungszentrale, die Partei, voran der SPD-Chef und sein Helfer Egon Bahr, mische zu kräftig in der Außen- und Deutschlandpolitik mit.

Mit Unbehagen verfolgen die Experten im Kanzleramt, spätestens seit Schmidt und Genscher von den Sowjets wegen der Elogen auf US-Präsident Ronald Reagan heftig gescholten werden, die Reise des SPD-Vorsitzenden. Zwar läßt die Regierung offiziell erklären, die Brandt-Mission nütze den Beziehungen zwischen Ost und West. Doch die Analytiker im Außen- und Kanzleramt sind anderer Meinung.

Brandt, so ihre These, werde sicher von Breschnew vor allem befragt, wie Bonn die Reagan-Administration einschätze. Gerade für diese Auskunft aber sei der Chef der Sozialistischen Internationale, im Weißen Haus als Freund der Russen verdächtig, kaum der rechte Mann. Ohnehin werde der Alt-Kanzler über Schmidts internationale Kontakte nicht mehr voll unterrichtet. Ein Schmidt-Berater: „Die letz-

Breschnew gilt. Schafft er es nicht einmal, in Moskau den Dialog zwischen Ost und West neu anzustoßen, wie soll dann ein Helmut Schmidt noch als Garant für gute Beziehungen zum Osten auch in Krisenzeiten gelten können?

Nach Afghanistan konnte Schmidt seinen Wahlkampf noch als Friedenskanzler bestreiten, für den das Gespräch zwischen den Supermächten absoluten Vorrang hatte. Dieses Image ist er los — spätestens seit er die Sowjets während seines letzten USA-Besuchs heftig attackiert hat.

Um die Gegner der Nato-Nachrüstung einzuschüchtern, scheut er sich nicht, seinen Ruf als Entspannungspolitiker aufs Spiel zu setzen. Als habe es nie Erfolge der Ostpolitik gegeben, echauffierte sich Schmidt vor Genossen: „Ich habe Angst, ich habe Angst vor den Russen.“



Coca oder Wodka

Süddeutsche Zeitung

ten Informationen gibt ihm der Kanzler nicht.“

Als feststand, daß die Reise des SPD-Chefs nicht durch eine sowjetische Invasion in Polen gefährdet war, verbreiteten die Brandt-Kritiker vorige Woche neue Vorbehalte. Die Russen hätten ihn nur eingeladen, um im Westen Verwirrung zu stiften. Brandt habe die Visite schlecht absagen können, ohne Breschnew zu verprellen.

Hinter solcher Mißgunst steckt die Sorge, die Brandt-Mission müsse dem Ansehen des Kanzlers schaden, wie immer ihr Ergebnis ausfalle.

Falls Brandt mit leeren Händen zurückkehrt, so fürchten die Schmidt-Berater, werde auch die Regierung für den Mißerfolg haftbar gemacht.

Der Ostpolitiker Brandt ist, nach einhelligem Bonner Urteil, der einzige aus dem Westen, dessen Wort bei

Dem CDU-Rechten Jürgen Todenhöfer lieferte das Verteidigungsministerium letzte Woche bereitwillig Argumente gegen die Kritiker des Nato-Doppelbeschlusses. Im Verhältnis acht zu eins seien die Russen der Nato mit ihren Sprengköpfen auf Mittelstreckenraketen überlegen, antwortete das Apel-Ressort auf eine Anfrage des CDU-Bundestagsabgeordneten.

Die Hardthöhe unterließ es freilich, diese Schreckenszahlen im einzelnen zu belegen. Projektilen auf Flugzeugen und U-Booten der Nato wurden nicht mitgezählt.

Aber auch wenn Brandt im Kreml Erfolg hat, steht Schmidt nicht gut da. Dann muß sich der Kanzler vorwerfen lassen, er habe in einer vergleichbaren Lage versagt, als er, überängstlich, 1980 wegen der unsicheren Lage in Polen seinen Besuch in der DDR absagte;